

Ein neuer Schwerpunkt in Afrika 02.12.2015



BAMAKO/BERLIN (Eigener Bericht) - Kurz vor der geplanten Entsendung deutscher Aufklärungs- und Kampftruppen nach Mali ist ein Lager der dort stationierten UN-Truppe MINUSMA beschossen worden. Bei dem Angriff kamen drei Menschen ums Leben. Die Attacke zeigt einmal mehr, dass im Norden des Landes blutige Aufstände an der Tagesordnung sind.

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte letzte Woche angekündigt, die Zahl deutscher Militärs, die im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Nordmali eingesetzt sind, auf bis zu 650 Soldaten zu erhöhen. Die Ausweitung des Militäreinsatzes in Mali ist Teil einer neuen geostrategischen Ausrichtung Berlins, die das nördliche Afrika zu einem der Schwerpunkte deutscher Militärpolitik machen soll. Über Militäreinsätze hinaus will die Bundesrepublik auch durch entwicklungspolitische und weitere "zivile" Interventionen ihren Einfluss in Mali und in anderen Teilen Afrikas ausbauen. Dabei geht es nicht zuletzt um die Unterdrückung von Armutsmigration in die westeuropäischen Metropolen.

Mit "robustem Mandat"

Kurz vor der geplanten Entsendung deutscher Kampftruppen nach Nordmali ist am vergangenen Samstag ein Lager der dort stationierten UN-Soldaten mit mehreren Raketen beschossen worden. Bei dem Angriff kamen zwei Militärs und ein Zivilist ums Leben, weitere Menschen wurden verletzt. Bereits eine Woche zuvor waren bei einer Geiselnahme durch mutmaßliche Islamisten in einem Hotel in der malischen Hauptstadt Bamako 20 Menschen getötet worden. Die Vorfälle zeigen, dass die Lage in Nordmali - weit davon entfernt, als befriedet gelten zu können - blutig eskaliert. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat nun in der vergangenen Woche angekündigt, das deutsche Militäraufgebot im Rahmen der UN-Mission MINUSMA im kommenden Jahr auf 650 Soldaten zu erhöhen. Die Ausweitung der deutschen Militärpräsenz im Rahmen des mit einem "robustem Mandat" ausgestatteten UN-Einsatzes unterstreicht Deutschlands Bestrebungen, sich als Ordnungsmacht im Norden Afrikas zu etablieren und seine geostrategischen wie ökonomischen Interessen notfalls auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Von der Leyen hat bereits in Aussicht gestellt, Afrika nach der Beendigung des ISAF-Einsatzes in Afghanistan zu einem neuen Schwerpunkt deutscher Militärpolitik zu machen.

Nicht nur militärisch

Über die militärische Ebene hinaus sucht Deutschland seine expansionistischen Interessen in der Region auch durch Interventionen auf "ziviler" und entwicklungspolitischer Ebene durchzusetzen. In einem Papier der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) heißt es, über militärische Einsätze hinaus brauche es "politische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Maßnahmen", um Mali zu "stabilisieren". Ein solcher "komplementäre(r) und vernetzte(r) Ansatz" soll demnach auch der gewaltsamen Repression von Migrationsbewegungen dienen.[1]

Polizei als Infanterie

Als sogenanntes ziviles Kooperationsprojekt in diesem Sinne gilt etwa die EU-Mission EUCAP (EU Capacity Building Mission in Mali) Sahel Mali, die der Ausbildung der malischen Repressionskräfte dient. Durch "Ausbildung und Beratung von Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie" soll EUCAP Sahel Mali einen "Beitrag zur Stärkung des inneren Sicherheitssektors" in dem Land leisten, heißt es in einer Erklärung der deutschen Bundesregierung.[2] Die EU-Ausbildungsmaßnahme steht gegenwärtig unter deutscher Leitung und dient keineswegs nur der Schulung malischer Sicherheitskräfte in "zivilen" polizeilichen Aufgaben, sondern auch dem Training militärischer Fähigkeiten. So wird beispielsweise die malische Gendarmerie von Militärs aus der EU ausgebildet, da sie als Militärpolizei auch für die territoriale Verteidigung zuständig ist. Um diese Aufgabe wahrzunehmen, müssen die malischen Gendarmen auch "notwendige infanteristische Fähigkeiten" erwerben, ist

einem Bericht der Bundeswehr zu entnehmen.[3]

Drehscheibe für Flüchtlinge

EUCAP verfolgt dabei auch das Ziel, die in Deutschland unerwünschte Armutsmigration in die EU zu unterbinden. So spielt laut der BAKS Mali "als Drehscheibe von Flüchtlingsrouten in Richtung Europa" zur Zeit "eine entscheidende Rolle" bei der Reise von Menschen aus Westafrika in die EU.[4] Auf eine Anfrage der Fraktion der Linkspartei im Bundestag antwortete die Bundesregierung kürzlich, die EU wolle "Mali und Niger verstärkt bei der Überwachung ihrer Landgrenzen und Landwege unterstützen".[5] Es werde nun geprüft, EUCAP Sahel Mali diesem Vorhaben entsprechend auszurichten. Darüber hinaus zieht die Bundesregierung in Erwägung, in Mali ein "multifunktionelles Zentrum" zur Migrationskontrolle zu errichten. Es soll unliebsame afrikanische Migranten schon weit vor den Toren Europas abfangen und die angeblich "freiwillige Rückkehr in die Herkunftsregion" befördern.[6] In Malis östlichem Nachbarstaat Niger soll ein solches Zentrum bereits 2016 einsatzbereit sein.

Geografisches Scharnier

Auch auf der Ebene der Entwicklungshilfe sucht Deutschland sich in Mali stärker in Stellung zu bringen - ganz im Sinne des von der BAKS eingeforderten "komplementären und vernetzten Ansatzes". Dabei spielt Mali wirtschaftlich bislang keine besondere Rolle für die Bundesrepublik; das Handelsvolumen zwischen Berlin und Bamako betrug 2014 lediglich knapp 100 Millionen Euro. Von Bedeutung ist der große Flächenstaat vor allem als geografisches Scharnier zwischen der südlich gelegenen, ökonomisch bedeutsameren Region am Golf von Guinea und den nordafrikanischen Erdölstaaten. Zudem gilt das Land als Rückzugsgebiet für diverse islamistische Milizen in der Region.

Effektives "Grenzmanagement"

Entwicklungspolitisch ist die Bundesrepublik zur Zeit unter anderem mit neun Projekten der bundeseigenen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Mali vertreten, die nicht zuletzt dem Staatsaufbau, der nationalen Versöhnung und der landwirtschaftlichen Entwicklung gewidmet sind. Die Beteiligung am "Staatsaufbau" verschafft Berlin nicht nur Einfluss auf die künftige Struktur des malischen Herrschaftsapparates, sondern auch enge Kontakte zu den Eliten des Landes. Bei einem offiziellen Besuch im März 2014 pries Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) die deutsche Entwicklungshilfe "als entscheidende(n) Schlüssel für die Stabilisierung Malis" und als "beste(s) Beispiel, dass gelungene Entwicklungspolitik auch Friedenspolitik ist".[7] "Friedenspolitik" ist demnach unter anderem das seit 2007 von der GIZ unterstützte African Union Border Programme, in das auch Mali eingebunden ist. Das Programm verfolgt das Ziel, die Grenzen zwischen afrikanischen Staaten festzulegen und zu markieren, um ein "effektives und nachhaltiges Grenzmanagement" durchzusetzen.[8] Teil des "nachhaltigen Grenzmanagements" ist freilich auch der "Bereich der Migration", wie es in einer Selbstdarstellung des Programms heißt. Damit wird euphemistisch umschrieben, dass die Flüchtlingsabwehr ein wesentlicher Bestandteil des Projekts ist.[9]

Selbsthilfe für Deutschland

Durch bi- und multilaterale Kooperationsprojekte auf den verschiedensten politischen Ebenen sucht Berlin seine Position in Mali nun weiter auszubauen. Dabei präsentiert es sich als vermeintlich fairer Partner, der - anders als Frankreich - nicht im Verdacht neokolonialer Bevormundung stehe. Es gehe vielmehr um eine "Befähigung zur Selbsthilfe", die "im Einklang mit den Traditionslinien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik" stehe, ist dem zitierten Papier der BAKS zu entnehmen.[10] Zweck von "Stabilisierung" und "Selbsthilfe" ist freilich die Anpassung an geostrategische und ökonomische Interessen Berlins - darunter die Abwehr von Flüchtlingen, die aus wirtschaftlicher Not einen Weg in die Wohlstandszentren Westeuropas suchen.

Mehr zum Thema: [Ein Feuerring bis Mali](#) .

[1] Michael Hanisch: Eine neue Qualität des Engagements. Deutschlands erweiterter militärischer Einsatz in Nord-Mali. Arbeitspapier Sicherheitspolitik 8/2015.

[2] EU Capacity Building Mission in Mali (EUCAP Sahel Mali). www.auswaertiges-amt.de.

[3] Vertreter von "EUCAP Sahel Mali" besuchen europäische Trainer. www.einsatz.bundeswehr.de 09.11.2015.

[4] Michael Hanisch: Eine neue Qualität des Engagements. Deutschlands erweiterter militärischer Einsatz in Nord-Mali. Arbeitspapier Sicherheitspolitik 8/2015.

[5], [6] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/6450, 19.10.2015.

[7] Bundesminister Müller beendet Mali- und Südsudan-Reise. www.bmz.de 28.03.2014.

[8] Unterstützung des Grenzprogramms der Afrikanischen Union. www.giz.de.

[9] From Barriers to Bridges. www.giz.de.

[10] Michael Hanisch: Eine neue Qualität des Engagements. Deutschlands erweiterter militärischer Einsatz in Nord-Mali. Arbeitspapier Sicherheitspolitik 8/2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com